Auf die Städte kommt es an!

Zur Überwindung der Krise braucht Europa seine Städte. Seit Beginn der Krise weisen Europas Städte permanent und mit Nachdruck darauf hin. Nun wurde es auch in Brüssel gehört. So hat EU-Regionalkommissar Johannes Hahn Anfang dieses Jahres unterstrichen, dass die EU ihre Hauptstädte zur Überwindung der Krise mobilisieren muss. Und bei einem ersten derartigen Treffen des EU-Kommissars mit den Bürgermeistern von Europas Hauptstädten haben sich diese gemeinsam dazu bekannt, die EU Wirtschaftsstrategie "Europa 2020" zu unterstützen. Denn die Ziele von „Europa 2020“ sind ohne aktives Mitwirken der Städte nicht zu erreichen.

Dr. Michael Häupl
Bürgermeister und
Landeshauptmann von Wien

Europas Städte sind die Laboratorien der Gesellschaft, sie sind die Wirtschaftsmotoren der EU. Hier lebt weit über die Hälfte der EU-Bevölkerung, hier werden die Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen, hier werden 85% der EU-Wirtschaftsleistung erbracht.

Daher muss Europa der städtischen Dimension mehr Rechnung tragen. Denn klar ist: Mit einer reinen Sparpolitik, ohne gleichzeitige wachstumsfördernde Investitionen, kann die Finanz- und Schuldenkrise nicht überwunden werden. Die bisherige Austeritätspolitik hat die finanzielle und wirtschaftliche Lage insbesondere der peripheren Mitgliedsstaaten der EU weiter verschlechtert. Sie hat nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch nicht funktioniert.

Die derzeitige politische Mehrheit im Europäischen Rat scheint an ihrer reinen Sparpolitik festhalten zu wollen. Das aber gefährdet das europäische Projekt insgesamt, denn die Unterstützung der Bevölkerung ist jenes Fundament, auf dem das europäische Haus letztlich steht. Deshalb gilt es, der noch einseitigen neoliberalen Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik auf allen möglichen Ebenen, vor allem aber durch die Wiener Kommunalpolitik, entgegenzutreten.

Die Wiener Ausbildungsgarantie hat gezeigt, dass das möglich ist, dass man erfolgreich Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen kann. Dieses österreichische Modell hat nun europaweit Schule gemacht: Die EU-Kommission regte an, die Ausbildungsgarantie für Jugendliche in der gesamten EU anzubieten. Kein Jugendlicher dürfe länger als vier Monate ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sein, verlangte EU-Sozialkommissar Laszlo Andor im Dezember 2012. Im Februar 2013 beschlossen die EU-Sozial- und Arbeitsminister die sogenannte Jugendgarantie für die gesamte EU.

Dieser Beschluss muss von den Mitgliedsstaaten ernst genommen und umgesetzt werden. Das ist für die Stabilität der Wirtschaft und der Demokratie wichtig. Junge Menschen ohne Perspektive wenden sich von der EU ab. Um dies zu verhindern, wird sich Wien weiterhin bemühen, sich mit seinen innovativen kommunalpolitischen Initiativen – von „smart cities“ bis zum neuen „Qualifikationsplan Wien 2020“ – auch auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen. Gemeinsam mit allen anderen Städten Europas.

Denn es kommt auf die Städte an!